

OSKAR LAFONTAINE

DIE LINKE und die Menschenrechte

Am 10. Dezember feiern wir den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Im Bundestag werden CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne eine Erklärung verabschiedet, die sich nahtlos einreicht in die Instrumentalisierung der Menschenrechte überall auf der Welt. DIE LINKE wird ausgegrenzt, und Verstöße gegen die Menschenrechte gibt es nur bei den anderen. Glaubwürdig kann man sich mit den Menschenrechten aber nur auseinandersetzen, wenn man bei sich selbst beginnt. Die PDS als eine Vorläuferpartei der Partei DIE LINKE hat daher zu Recht die Behandlung der Menschenrechte in der DDR kritisch aufgearbeitet. Sie hat immer wieder festgestellt, dass in der DDR zwar Fortschritte bei der Verwirklichung der sozialen Gleichheit erreicht wurden, dass aber die politische Freiheit nicht gewährleistet war. Die DDR war daher weder sozialistisch, noch demokratisch, da Demokratie und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind. Für DIE LINKE gilt Rosa Luxemburgs Vermächtnis: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Was Gleichheit ohne Freiheit bedeutet, erlebten die Menschen in der DDR, und was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, erleben die Hartz IV-Empfänger und die Lidl-Verkäuferin, die bis auf die Toilette von Überwachungskameras verfolgt wird. In der Bundesrepublik geht es darum, mehr soziale Gleichheit durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren in unseren Reihen ein nach meiner Auffassung überflüssiger Streit ausgetragen worden. Die einen warfen Mitgliedern unserer Partei vor, die soziale Gleichheit über die bürgerlichen Freiheitsrechte zu stellen, die anderen warfen Parteimitgliedern vor, die bürgerlichen Freiheiten höher zu bewerten als die soziale Gleichheit. Rosa Luxemburg hat darauf die Antwort gegeben: Freiheit und Gleichheit können nicht voneinander getrennt werden. Beide zusammen sind Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft.

Der Streit ist vielleicht auch deshalb ausgebrochen, weil man einen zentralen Wert der Französischen Revolution vergessen hat, den der Brüderlichkeit, der Soli-

darität. Nur aus der Zuwendung zu den Mitmenschen entsteht die Energie, die wir brauchen, um eine freie und sozial gerechtere Gesellschaft durchzusetzen. Schon öfter habe ich darauf hingewiesen, dass der nach Roberto Bobbio für DIE LINKE zentrale Wert der Gleichheit auf das Christentum zurückzuführen ist. Auf dem Gründungsparteitag sagte ich, dass die wörtliche Übersetzung des Gebotes „Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst“ aus dem Hebräischen heißt: „Du sollst Deinen Genossen liebhaben Dir gleich.“ Aus der Kraftquelle der Solidarität, der Liebe zum Mitmenschen, entsteht die Idee, dass alle Menschen gleich und frei geboren sind. Ohne Mitmenschlichkeit und Solidarität sind Freiheit und Gleichheit blutleer und können leichter instrumentalisiert werden.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich für die Partei DIE LINKE folgendes: Die Menschenrechte sind unteilbar. Sie dürfen nicht instrumentalisiert werden. Und ehe man mit dem Finger auf andere zeigt, muss man sich selbst kritisch prüfen, ob man beständig und unbestechlich für die Menschenrechte eintritt.

Ein klassisches Beispiel, wie man es nicht machen soll, ist der Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Grundlage für 60 Jahre Menschenrechtsschutz“. Schon durch die Ausgrenzung der LINKEN werden die Menschenrechte instrumentalisiert und eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik findet nicht statt. Menschenrechtsverletzungen findet man leider immer nur bei den anderen. Dabei hätten die mit uns konkurrierenden Parteien sich nur die Mühe machen müssen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte einmal zu lesen. Sehr schnell wären sie dabei auf Artikel 23 gestoßen.

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

4. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Nimmt man die Absätze 2 und 3, dann haben alle Verfasser des erwähnten Antrages der vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet werden wird, an der Verletzung der Menschenrechte im eigenen Land mitgewirkt. Nachdem es schon in der Bundesrepublik bis heute nicht gelungen ist, die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit abzuschaffen, haben CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen durch die Einführung der ausufernden Leiharbeit massiv gegen den Artikel 23, Absatz 2 verstoßen, in dem gleicher Lohn für gleiche Arbeit gefordert wird. Und durch die von diesen Parteien zu verantwortende Einführung von Hartz IV wurde der Artikel 23, Absatz 3 missachtet, der für jeden Menschen eine befriedigende Entlohnung fordert, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert.

Es ist eben viel einfacher und billiger, die Verletzung der Menschenrechte in Tibet oder Kuba anzuprangern, statt sich an die eigene Brust zu klopfen. Aber nicht nur bei den sozialen Menschenrechten hätten die neoliberalen Parteien Grund, in sich zu gehen. Auch beim Waffenelexport haben sie eine Politik zu verantworten, die ihr Eintreten für die Menschenrechte in aller Welt unglaubwürdig macht. Der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, während des Apartheidregimes Erzbischof in Südafrika weist darauf hin, dass jeden Tag mehr als tausend Menschen durch konventionelle Waffen umkommen. Er wirft den Regierungen der reichen Nationen vor, ihre Augen vor dem Leid zu verschließen, das mit der Verbreitung von Waffen verbunden ist. Schätzungen zufolge, töten allein Kleinwaffen jedes Jahr mehr Menschen, als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zusammen. Die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen getragenen Regierungen haben zugelassen, dass solche Waffen in viele Länder geliefert wurden, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden. Von dieser verantwortungslosen Praxis findet sich in dem besagten Antrag kein einziges Wort.

Schäbig, blind und einseitig fallen die Vorwürfe der konkurrierenden Parteien an DIE LINKE aus, wenn es um die Menschenrechte geht. So hat der CSU-Außenpolitiker Karl-Theodor zu Guttenberg Verbindungen der LINKEN zu Terrorbewegungen im Baskenland, in der Türkei, Nahost und Südamerika ausgemacht. Die Kontaktaufnahme von Wolfgang Gehrcke zur kolumbianischen FARC wird als Beweis für die Nähe der LINKEN zum Terrorismus herangezogen. Der Besuch Angela

Merkels bei dem kolumbianischen Präsidenten Uribe wird selbstverständlich nicht problematisiert, obwohl nach wie vor gegen 60 Politiker des Regierungslagers wegen Verbindungen zu rechtsextremen Todesschwadronen ermittelt wird. Diese Todesschwadronen werden von den Menschenrechtsgruppen aus Kolumbien und dem Ausland für die Mehrzahl der politischen Morde verantwortlich gemacht.

Nie käme einer dieser selbst ernannten Kämpfer für die Menschenrechte auf die Idee, die Kontaktaufnahme zu Politikern der USA zu kritisieren, obwohl die völkerrechtswidrigen Kriege im Irak und Afghanistan ebenso wenig wie Guantanamo oder Abu-Ghureib oder das Waterboarding die Vereinigten Staaten nicht gerade als eine Vorkämpferin für die Menschenrechte ausweisen.

Die Instrumentalisierung der Menschenrechte durch die USA, die NATO und die Propagandamaschinen der neoliberalen Politik schadet ihrer Verwirklichung. Wer Menschenrechte sagt und Öl meint, wer politische Rechte für Bürger in anderen Staaten einfordert und Folterzentren unterhält, wer Meinungsfreiheit anderswo einklagt und mit Lügen Angriffskriege führt, wer öffentliche Dienstleistungen, das Rentensystem und die Gesundheitsvorsorge privatisiert, der verwandelt das große Erbe des Kampfes um die Menschenrechte in ein Instrument von Sozialabbau, Krieg und imperialer Politik.

DIE LINKE kann das Erbe des Kampfes um die Menschenrechte nicht anderen überlassen. Sie steht in einer großen geschichtlichen Tradition. Ich denke an Spartakus, von dem das große Wort überliefert ist, dass man das Leben nur für die Freiheit einsetzen dürfe. Ich erinnere an die Bauernkriege. Einer der Sprecher der Bauern, Hans Hergot, schrieb: „Es sind gesehen drei Tische in der Welt: Der erste ist voller Überfluss und zu viel drauf, der andere eine bequeme Notdurft, der dritte ganz notdürftig. Da kommen die von dem Tisch voller Überfluss und wollten nehmen von dem wenigern Tische das Brot. Hieraus erhebt sich der Kampf. Gott wird umstoßen den überflüssigen Tisch und den geringen Tisch und wird bestätigen den mittleren Tisch.“ Wie weit sind wir heute davon entfernt! Dreißigtausend Kinder sterben jeden Tag weltweit an den Folgen von Hunger, Armut und fehlender medizinischer Grundversorgung. Das sind elf Millionen Kinder jedes Jahr. Die zehn Millionen Millionäre der Welt haben dagegen heute zusammen ein Nettovermögen von vierzig Billionen Dollar! Dies entspricht fast dem globalen Bruttosozialprodukt eines Jahres.

Auch heute noch gilt der Satz von Jean-Jacques Rousseau, dass die menschliche Gesellschaft durch die Gewalttätigkeit der Mächtigen und die Unterdrückung der Schwachen geprägt sei. Deshalb werden Gesetze gebraucht und diese Gesetze müssen der Verwirkli-

chung der Menschenrechte der Schwachen dienen. Rousseau forderte einen Gesellschaftsvertrag, den das Volk sich selbst gibt. Das ist auch unsere Vorstellung von Demokratie: eine Herrschaft durch das Volk und im Interesse des Volkes zur Durchsetzung der sozialen und politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Aus diesen Ideen wurde die erste, sich als geltendes Recht verstehende Menschenrechtserklärung geboren, die „Bill of Rights“. Sie wurde im Kampf der nordamerikanischen Kolonien gegen die Unterdrückung durch Großbritannien verfasst. In diesem Freiheitskampf entstand der große Anspruch: „Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig...“! Der Aufklärer Jean-Jacques Rousseau ergänzte: Und doch liegen die Menschen überall in Ketten. Auch in den nordamerikanischen Kolonien jener Zeit übrigens, Autoren der Menschenrechtsdeklaration wie Thomas Jefferson waren zugleich Sklavenhalter.

Diese Ketten endgültig abzuwerfen ist ein Anspruch, der uns Linke, uns Sozialistinnen und Sozialisten mit allen verbindet, die sich für die Menschenrechte als Rechte auf solidarische Befreiung einsetzen. Gemeinsam mit ihnen sind wir dem kategorischen Imperativ von Karl Marx verpflichtet, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Wie umkämpft die Menschenrechte sind wurde in der Großen Französischen Revolution deutlich. In der Präambel der Erklärung der Menschen und Bürgerrechte vom 26. August 1789 der Nationalversammlung hieß es, „dass die Unkenntnis, das Vergessen oder die Missachtung der Menschenrechte die alleinigen Ursachen für die öffentlichen Missstände und die Verderbtheit der Regierungen sind“. Wer aber waren die Menschen, auf die sich diese Deklaration bezog? Was war mit den Frauen? Was war mit den schwarzen Sklaven in den französischen Kolonien? Was war mit denen, von denen Heinrich Heine dichtete: „Wenn du aber gar nichts hast,/ Ach, so lasse Dich begraben –/ Denn ein Recht zum Leben, Lump,/ Haben nur die etwas haben.“

Zwei Jahre nach der Erklärung der Menschen und Bürgerrechte von 1789 verfasste die Schriftstellerin Olympe de Gouges ihre „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“: „Frau, erwache! ... Alle seine Kräfte aufbietend, vermochte der versklavte Mann nicht ohne deine Hilfe seine Ketten zu sprengen, Kaum in Freiheit, zeigt er sich ungerecht gegen seine Gefährtin.“ Der Artikel 1 der Menschenrechtserklärung wurde von ihr neu formuliert: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne ebenbürtig in allen Rechten“. Da die Frauen im gleichen Umfang zum Unterhalt der öffentlichen Einrichtungen beitragen würden, so sollten sie auch gleichermaßen bei der „Zuteilung von Stellen und Würden“ berücksichtigt werden. Auch das Eigentum müsse bei-

den Geschlechtern gehören. Am 3. November 1793 wurde sie als erste Frau nach der Königin hingerichtet. Den Frauen, die entscheidend zum Sieg der Revolution beigetragen hatten, wurde jede politische Betätigung verboten. Und Napoleon nahm zehn Jahre später auch die erkämpften Fortschritte bei der Emanzipation der Frauen – das Recht auf Scheidung, die eigenständige Verfügung über Finanzen – zurück. Der Sieg des Privateigentums wurde zum Sieg des männlichen Bürgers und Herren. Aus den Menschenrechten wurden Männerprivilegien. Und die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist in Deutschland nicht nur bei Leiharbeitern verletzt, sondern bei Millionen Frauen, die bei gleicher Arbeit schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen.

Den Sklaven in den französischen Kolonien erging es ebenso. Auf dem Höhepunkt der Revolution, am 4. Februar 1794, fünf Jahre nach der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, dekretierte der Französische Konvent: „Der Nationalkonvent erklärt die Sklaverei ... in sämtlichen Kolonien für abgeschafft. Demzufolge dekretiert er, dass alle in den Kolonien ansässigen Menschen, ohne Unterschied der Hautfarbe, französische Bürger sind und alle durch die Verfassung verbürgten Rechte genießen.“ Auch dies war kein Geschenk der Herrschenden, sondern vor allem die Anerkennung eines Faktums. 1791 hatte ein Aufstand der Schwarzen und Sklaven im heutigen Haiti unter Führung von L'Ouverture die weißen Sklavenhalter besiegt und 1793 die Sklaverei abgeschafft. Als Frankreich die Rechte der Schwarzen aber missachtete und sich Haiti abspalten wollte, wurden die Aufständischen von einer Armee Napoleons 1802 besiegt und die Sklaverei bis zur Revolution von 1848 wieder eingeführt. Für die Schwarzen sollten die Menschenrechte nicht gelten. Die Privilegien weißer Hautfarbe galten fort.

Unbeeindruckt von der Großen Französischen Revolution wurden damals nicht nur Frauen und Schwarzen die erklärten Menschen- und Bürgerrechte verweigert, sondern auch jenen, die durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Wie ihr Sprecher, Jacques Roux, in seinem „Manifest der Zornigen“ 1793 ausrief: „Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können.“

Nach der Niederlage der Jakobiner und Sansculotten wurde das Wahlrecht eingeschränkt auf jene, die über ein größeres Privateigentum verfügten. Für fast ein Jahrhundert blieben die politischen Freiheitsrechte Klassenprivilegien.

Menschenrechte sind Widerstandsrechte gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung, Manipulation und Krieg. Die Partei DIE LINKE bekennt sich zu diesem Erbe und setzt es fort. Wir stehen deshalb zu dem Erbe der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Und wir wenden uns gegen den Missbrauch dieser Erklärung für neue Unterdrückung, Kriege und asozialen Raubbau.

Der Auslöser jenes Prozesses, der zu der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 geführt hat, lag in der Forderung von Staaten aus Lateinamerika, Asien und Europa, von Nichtregierungsorganisationen, religiösen Bewegungen und den Gewerkschaften, die UNO möge nicht nur einen Sicherheitsrat haben, sondern auch einen gleichrangigen Wirtschafts- und Sozialrat. Und dieser Rat möge den Menschenrechten zur Durchsetzung verhelfen. Eine Deklaration der Menschenrechte sollte dazu erarbeitet werden.

Es waren Länder wie Brasilien, Ägypten, Indien, Panama, Mexiko und Venezuela, unterstützt durch die Sowjetunion, China und Frankreich, die gegen den Widerstand der USA und Großbritanniens dafür sorgten, dass die Menschenrechte „ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion“ Eingang in die Charta der Vereinten Nationen fanden. Befreiung von Ausbeutung, Krieg, kolonialer Unterdrückung und das Recht auf demokratische Selbstbestimmung gehörten für jene, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben ließen, zusammen.

Ich möchte Eleanor Roosevelt zitieren, die zwischen 1946 und 1948 jene Kommission der UNO leitete, die die Universelle Menschenrechtsdeklaration erarbeitete. Sie erklärte: „Freiheit ohne Brot ... hat wenig Bedeutung. Mein Ehemann sagte immer, dass die Freiheit von Not und die Freiheit von Aggression die beiden Zwillingfreiheiten sind, die Hand in Hand gehen müssen.“ Und erinnert sei an jene, die am 19. April 1945 den Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald leisteten: „Die Vernichtung des Nazismus mit seine Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Und diese Wurzeln sahen sie zugleich in den ökonomischen wie in den politisch-ideologischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Vor diesem Hintergrund gab sich auch die CDU in Nordrhein-Westfalen am 3. Februar 1947 das Programm eines christlichen Sozialismus. Es begann mit den Worten: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. (...) Inhalt und Ziel (einer) sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhal-

ten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ Wie weit sind wir heute von diesen Zielen der Gründer der CDU entfernt! Heute ist das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben Inhalt und Ziel unserer Wirtschaftsordnung.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in der Folge dann die Konventionen über die politischen Rechte der Frau von 1952, über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung von 1965, über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über politische und Bürgerrechte von 1966 und alle weiteren Schritte der UNO auf dem Gebiet der Entwicklung der Menschenrechte und ihrer Durchsetzung sind ein großes Erbe und Verpflichtung.

Die Menschenrechtsdeklarationen folgten weder dem bürgerlichen Individualismus als Ideologie des Kapitalismus noch einem Kollektivismus, der die Einzelnen nur als Anhängsel einer Gemeinschaft anerkennt. Sie verkündeten keine Klassenrechte, sondern berechnete universale Forderungen von Menschen an Gesellschaften, Staaten, wirtschaftliche und politische Systeme, in denen sie leben.

Die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte beginnt deshalb mit der Verpflichtung, im Geiste der Brüderlichkeit, der Solidarität zu handeln und mündet in sozialen und kulturellen Rechten: Bündig heißt es in Art. 28: Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“

Dies, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ist ein revolutionärer Satz und ein uneinzelgelöstes Versprechen. Wir, die Linke in Deutschland, werden gerade angesichts immer neuer Kriege, angesichts der Krise des globalen Kapitalismus, angesichts einer Nahrungsmittelkrise, die die Ärmsten der Welt bedroht und die Zahl der Hungertoten ansteigen lässt, angesichts der Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens für eine veränderte soziale und internationale Ordnung kämpfen, die das Erbe der Befreiungskämpfe verwirklicht.

Wer von den Menschenrechten spricht und zum Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus und zu einer Ökonomie und Lebensweise globaler Verschwendung und Zerstörung schweigt, meint es nicht ernst mit den Menschenrechten. Sechzig Jahre nach der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte sind wir mit einer fünffachen Krise unserer Zivilisation konfrontiert:

Erstens mit einer Finanzkrise, die Ausdruck dessen ist, dass im entfesselten Finanzmarkt-Kapitalismus das wirtschaftliche Eigentum wieder aus den sozialen Verpflichtungen entlassen wurde. Es ist zur Überakkumu-

lation von Vermögen, von Kapital gekommen. Es findet keine produktive Anlage mehr und ist deshalb auf Raub aus. Nicht mangelnde Effizienz der öffentlichen Bereiche, sondern die Sucht der Geldvermehrung ist die Ursache der Privatisierung.

Lassen Sie mich dies mit nur einer einzigen Zahl verdeutlichen: Die Kapitalverwertung hat durch die Umverteilung des Neoliberalismus ein geschichtlich noch nie gekanntes Ausmaß angenommen. Im Jahre 1980 betrug das Verhältnis von globalem Bruttosozialprodukt und Finanzanlagen 1 zu 1,2. Bis 2006 war es auf 1 zu 3,5 gestiegen. Die enorme Aufblähung der Finanz-sphäre, die Umverteilung von unten nach oben, vom Süden in den Norden, die Verschleuderung des öffentlichen Vermögens als Anlagefelder für Hedgefonds waren die Folge. Eine brutale Jagd nach Rendite, um diese gigantischen Vermögensansprüche Weniger gegenüber den Vielen befriedigen zu können, setzte ein. Wie vor 1933 bedroht ein entfesselter Kapitalismus unsere Gesellschaften.

Zweitens hat das Ende des Kalten Krieges nicht etwa zu einer Ära gemeinsamer Sicherheit geführt, sondern zu neuer Aufrüstung und neuen Kriegen. Die amerikanische Vereinigung aus Hochschulprofessoren und ehemaligen Kongressmitgliedern "Für eine gerechte Außenpolitik" schätzte im Jahre 2007, dass in Folge der blutigen und mit äußerster militärischer Brutalität durchgeführten Aufstandsbekämpfung der US-Truppen und ihrer Verbündeten sowie durch den ausgebrochenen Bürgerkrieg seit 2003 wahrscheinlich mehr als eine Million Irakerinnen und Iraker ihr Leben verloren hatten. Deutschland hat durch seine Hilfeleistungen für die USA Anteil an diesem Krieg. Von hier erfolgten Truppentransporte, von hier aus wurden Flüge mit illegalen Gefangenen realisiert, denen jede Rechte aberkannt sind.

Die Zahl gewaltförmiger Konflikte weltweit hat sich im letzten Jahr auf über 110 deutlich erhöht. Die Rüstungsausgaben explodierten auf über eine Billion Dollar. Davon werden fast die Hälfte durch die USA getätigt. Anstelle von Abrüstung und friedlicher Konfliktlösung ist der Krieg als die ultima irratio, wie Willy Brandt ihn in seiner Nobelpreisrede 1971 nannte, zurück.

Drittens erleben wir eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts. 2004 gingen hunderttausende Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf die Straße, um dagegen zu protestieren, dass sie um ihre sozialen Rechte gebracht wurden. Mit ihren Ansprüchen bei der Arbeitslosenversicherung und auf soziale Sicherheit verloren sie das von ihnen erarbeitete Sozialeigentum. Innerhalb von zehn Jahren wurde durch die Regierungen von SPD und Grünen, von CDU und SPD die größte soziale Errungenschaft Deutschlands, das lebensstandardsichernde Rentensystem, zerstört. Die Armut im Alter ist zurück. Und 17 Prozent der Arbeitenden in Deutschland bleiben unter der Armutsgrenze. Kinder

sind neben Arbeitslosigkeit wieder zum Armutsrisiko Nummer 1 geworden. Die Lohnquote ist in den letzten zehn Jahren von 72 Prozent auf 64 Prozent gefallen. Dies zerstört nicht nur die materielle Grundlage aller sozialen Menschenrechte, sondern ebenso ihren sozialen Zusammenhalt und trifft so auch die Privilegierten.

Viertens rasen wir mit wachsender Geschwindigkeit auf umfassende ökologische Katastrophen zu. Die Ressourcen der jetzigen industriellen Wirtschaft und einer verschwenderischen Lebensweise gehen zu Ende. Die Klima- und die Energiekrise sind die Vorboten für die Grenzen eines Wachstums, das auf der Ausbeutung der Natur beruht. Fast vierzig Jahre ist es her, dass der Club of Rome vor diesen Grenzen gewarnt hatte. Die notwendigen Strukturveränderungen der Produktions- und Lebensweise sind bisher ausgeblieben.

Fünftens ist die Demokratie selbst in die Krise geraten. Dies ist ein Paradox: Heute können mehr Völker als jemals zuvor in der Weltgeschichte ihre Regierungen wählen. Welch ist ein ungeheurer Fortschritt bei der Verwirklichung der Menschenrechte! Aber Demokratie ist mehr als nur Wahl einer Regierung. Sie schließt auch ein, dass es möglich sein muss, eine Regierung zu wählen, die eine Politik im Interesse der Mehrheit des Volkes macht.

Werden die Regierungen tatsächlich durch das Volk kontrolliert oder hat der Vorsitzende des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Tietmeyer, Recht, der schon 1996 sagte – ich zitiere: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden“. Spätestens im Herbst 2008, als in wenigen Tagen allein in Europa 1,7 Billionen Euro bereit gestellt werden mussten, um eine lange vorhergesagte Krise des globalen Finanzsystems einzudämmen, wurde es jedem klar, wer herrscht. Es ist der Kapitalismus, der die Demokratie beherrscht und nicht die Demokratie, die die Wirtschaftsordnung bestimmt.

Diese fünffache Krise von Überakkumulation, wachsender Unsicherheit, Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Zerstörung der Umwelt und Verwandlung von Demokratie in Herrschaft der Reichen bedroht Leben, Sicherheit, Wohlfahrt und Frieden in der Welt. Tendenzen neuer Barbarei und totalitärer Herrschaft werden freigesetzt. Wer dies stoppen will, der muss sich für eine Politik einsetzen, die die strukturellen Ursachen andauernder Menschenrechtsverletzungen überwindet.

Die Verwirklichung der Menschenrechte ist eine Jahrhundertaufgabe. Der im 18. Jahrhundert unter ihrem Banner begonnene Kampf ist nicht abgeschlossen, sondern hat gerade erst wieder neu begonnen. Der Neoliberalismus und die von ihm ausgelöste Entfesselung des Kapitalismus haben sich als eine konterrevolutionäre

Bewegung gegen die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte erwiesen. Es ist Zeit, dass wir dem ein Ende bereiten.

Warnend wiesen die Autorinnen und Autoren im abschließenden Artikel 30 der Menschenrechtserklärung von 1948 darauf hin: „Keine Bestimmung dieser Erklärung darf so ausgelegt werden, dass sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben, die auf die Vernichtung der in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten abzielt.“ Aber genau dies geschieht ständig. Gerade einmal dreißig Jahre hat im Westen der Nachkriegskompromiss gehalten, dass ohne sozialen Ausgleich, ohne strikte Einbettung des Kapitalismus weder soziale Gerechtigkeit, noch Stabilität, noch Demokratie, noch Frieden sicher sein können und die Menschenrechte bedroht sind.

Der große liberale US-amerikanische Philosoph John Rawls formulierte zwei einfache Grundmaximen einer gerechten Ordnung, die der Verwirklichung der Menschenrechte verpflichtet ist. *Erstens*: Jeder Mensch soll ein gleiches Recht auf jene Grundfreiheiten haben, die mit den Grundfreiheiten anderer vereinbar sind. *Zweitens*: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann zulässig, wenn sie denjenigen, die am wenigsten begünstigt sind, am meisten zugute kommen.

Von einer solchen Politik der Gerechtigkeit kann keine Rede sein. Die wachsende Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft ist zudem selbst die entscheidende Ursache der jetzigen Finanzkrise. Die neoliberalen Reformen der letzten drei Jahrzehnte haben ein gigantisches Finanzvermögen aufgehäuft. Der wachsende Reichtum wurde durch die Besitzer von Vermögen angeeignet. Die höchsten Gehälter stiegen am schnellsten, während sich Leiharbeit, Mini- und Midijobs wie die Pest ausbreiten und die Gesellschaft zerstören. Die Privatisierung des Rentensystems jagt weiteres Geld in spekulative Anlagesysteme und durchbrach zugleich den wichtigsten Schutzwall gegen Altersarmut – das umlagefinanzierte solidarische Rentensystem.

Die Kehrseite des von jeder Verantwortung befreiten Kapitaleigentums ist die Unfreiheit der Vielen, sind Existenzangst, Armut, Einschränkungen im Bildungs- und Gesundheitssystem in den hochentwickelten Ländern und Elend, Hunger, Staatenzerfall, Bürgerkrieg und millionenfacher Tod in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas. Die Freiheit des Kapitals hat die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeitenden zur Folge. Diese uneingeschränkte Freiheit ist mit den Grundfreiheiten der Mehrheit der Bevölkerung unvereinbar, sie ist Willkür und Diktatur. Und sie begünstigt genau jene, die sowieso schon zu viel haben, oder, um noch einmal aus Heinrich Heines Gedicht „Weltenlauf“ zu zitieren: „Hast Du viel,/ so wirst Du noch viel mehr dazu bekommen“. Sozialisierung, Demokratisierung der Demokratie, ein

sozial-ökologischer Umbau und eine aktive Friedenspolitik sind für uns die Grundbedingungen, um die Menschenrechte zu verwirklichen. Was aber bedeutet für die Linke in Deutschland heute Sozialisierung, was Demokratie, was eine Politik der Nachhaltigkeit und was Frieden? Lassen Sie mich dies ausgehend von jenen Fragen beantworten, die die gegenwärtige globale Krise des Kapitalismus aufwirft.

Wer heute versucht, den Finanzmarkt zu regulieren, ohne die immer weitere Anhäufung von Kapital und Vermögen zu stoppen und zu reduzieren, wird zum Scheitern verurteilt sein. Eine noch schlimmere zukünftige Finanzkrise wird durch keine konzertierte Aktion der Staatengemeinschaft mehr zu stoppen sein. Also brauchen wir heute Schritte der Sozialisierung. Wie können diese aussehen?

Lassen Sie mich Thomas Marshall zitieren, Professor an der berühmten London School of Economics und Direktor der sozialwissenschaftlichen Abteilung der UNESCO in Paris. In seiner berühmten Vorlesung „Bürgerrechte und soziale Klassen“ von 1947 fordert er ein modernes sozialistisches System, dass die Freiheit der Wettbewerbswirtschaft beschneidet. Der Markt solle funktionieren, aber eben nur innerhalb gewisser Grenzen. Der Krieg zwischen dem Staatsbürgerrecht auf ein zivilisiertes Leben in Sicherheit und dem kapitalistischen Klassensystem müsse durch das Primat der sozialen Rechte beendet werden. Nach 1945 kam es aber nur zum Waffenstillstand. Und der Neoliberalismus hat diesen Krieg vor dreißig Jahren wieder begonnen. Wie der US-amerikanische Großinvestor Warren Buffet in einem Brief an seine Investoren 2003 schieb: „Wenn Klassenkampf in Amerika geführt wird, gewinnt meine Klasse klar.“ Was muss heute getan werden, um diesen Klassenkrieg zu beenden?

Zunächst einmal ist es wichtig, dass die Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich zu privat wieder umgekehrt wird. Die sinkende Staatsquote und die sinkende Lohnquote sind die Sprache des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Wir brauchen eine höhere Staatsquote und eine höhere Lohnquote. Ohne eine höhere Staatsquote können wir die öffentlichen Dienstleistungen nicht so ausbauen, wie dies nötig ist. Dazu gehören der Ausbau der Vorschulbildung, eine Ganztagschule, ein Fach- und Hochschulsystem, das dem Zeitalter globaler Kommunikation und Wissensgesellschaft entspricht.

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt. Wir sind froh darüber. Aber dies verlangt nach einem Gesundheits- und Pflegesystem, das dieser Aufgabe gerecht werden kann. Das Rentensystem muss so umgebaut werden, dass niemand Angst vor Armut im Alter haben muss und der erarbeitete Lebensstandard gesichert werden kann. Die Löhne müssen endlich wieder ein angemessenes Einkommen sichern. Die jetzige Rezession

wird in eine Depression umschlagen, wenn wir nicht die Nachfrage bei der großen Mehrheit der Bevölkerung steigern.

Es ist Zeit für den sozialökologischen Umbau. Über zwanzig Jahre wurden fast völlig vertan. Anstelle überflüssiges Geld in die globale Spekulation umzuleiten, wird es gebraucht für den strukturellen Umbau unserer gesamten Produktions- und Lebensweise. Die Industriegesellschaft steht im Krieg mit der Natur. Diesen Krieg müssen wir beenden. Der Leiter des Earth Policy Institutes in Washington, Lester Brown, schreibt dazu: „Die Rettung der Zivilisation verlangt eine massive Mobilisierung, und dies in einer Geschwindigkeit wie in Kriegszeiten.“

Die Konversion der Kriegswirtschaft gegen die Natur in eine Wirtschaftsweise des Friedens mit der Natur wird große öffentliche und auch private Investitionen in den Strukturwandel verlangen. Die Rekommunalisierung der Strom- und Energieversorgung wäre ein Schritt in Richtung sozialökologischer Effizienz und Demokratie. Wir müssen dem sozialökologischen Umbau höchste Priorität einräumen. Menschenrechte sind heute vor allem auch Rechte der heutigen und zukünftigen Generationen an einer lebenswerten Umwelt für eine weiter stark wachsende Weltbevölkerung, die ein Recht auf ein gutes Leben hat.

In einer Situation, wo selbst die überzeugtesten Vertreter neoliberaler Politik plötzlich nach dem Staat rufen und die Finanzfonds an die Kandare nehmen wollen, ist es Zeit, das Thema der wirtschaftlichen Demokratie wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Sie ist die Grundlage jeder Demokratie, die diesen Namen verdient. Wie anders als durch Wirtschaftsdemokratie soll denn gesichert werden, dass die Wirtschaft wirklich dem Volk dient?

Der freie Markt zerstört die Demokratie, wenn er die Gesellschaft den Interessen des Kapitals unterwirft. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Erst wurden den Vermögenden, den Großunternehmen und Banken hunderte Milliarden Steuergeschenke gemacht, und jetzt, wo diese in die Krise kommen, müssen bei gesunkener Steuerquote aus Steuern weitere hunderte Milliarden bereitgestellt werden, um noch Schlimmeres zu verhindern. Nur eine demokratische Wirtschaftsregierung auch auf Ebene der Europäischen Union, von Jacques Delors schon bei der Schaffung der Währungsunion gefordert, kann dies ändern. Man kann doch nicht eine Währungspolitik machen und fünfzehn einzelne nationale Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Dann ist doch klar, dass diese in Konkurrenz zueinander stehen müssen und bloße Standortpolitik betreiben, die jedes Land einzeln dem Kapital ausliefert.

Aber auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gesichert werden. In den letzten Jahren wurde die wachsende Unterordnung des Betriebsvermögens unter die Interessen der Shareholder geradezu gefeiert. Viele der Finanzfonds sind aber oft

nur zu einem geringen Teil und im Durchschnitt auch nur für 20 Monate an dem jeweiligen Unternehmen beteiligt. Sie interessiert die langfristige Entwicklung jener Betriebe, in die sich einkaufen, überhaupt nicht. Sie wollten Renditen von 15 oder sogar 25 Prozent. Und sie wollten sie schnell. Massenentlassungen in gewinnbringenden Betrieben wurden normal. Die Spekulationen wurden aus dem Betriebsvermögen refinanziert. Zerlegung produktiver Unternehmen und Verkauf ihrer einzelnen Teile wurde Alltag. Damit wurden die berechtigten sozialen Rechte der Beschäftigten Makulatur.

Wir wollen deshalb in das Eigentum eingreifen. Wir wollen, dass Massenkündigungen unwirksam sind, wenn das Unternehmen Gewinne erwirtschaftet. Und wir wollen die Rechte der Betriebsräte stärken. Betriebseigentum ist nicht nur Eigentum der Anteilseigner, sondern auch der Beschäftigten. Es ist von ihnen erwirtschaftet worden. Deshalb muss es auch ihnen dienen. Ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht soll Stilllegung drohenden Massenentlassungen und Verkauf von gewinnträchtigen Betrieben verhindern.

Die heutige Krise der Finanzmärkte ist eine Krise der Demokratie und der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung. Sie hat klar gemacht, dass ohne Regulierung der Finanzströme, ohne ein festes Wechselkursregime und Zielzonen für die Währungen, ohne Beseitigung der Steueroasen, ohne Beendigung der Privatisierung von Renten- und Gesundheitssystemen, ohne ein öffentliches Investitionsprogramm, ohne die dauerhafte Stärkung des Sozialstaats, ohne Wirtschaftsdemokratie keine wirkliche Lösung in Sicht ist. Die Lehre ist klar: Der entfesselte Kapitalismus ist ein Krisen-, ein Katastrophen-, ein Raubtierkapitalismus. Die Aushöhlung der demokratischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hat sich als zerstörerisch erwiesen – wirtschaftlich, ökologisch und auch politisch. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

Die Verwirklichung der Menschenrechte braucht aber auch global eine neue Ordnung. Das Streben der USA nach imperialer Vorherrschaft hat die letzten Jahrzehnte geprägt. Zwillingsbruder dieser Politik ist der Terror, der in Entwürdigung und Hoffnungslosigkeit einen Nährboden hat. Der entfesselte Kapitalismus hat eine neue Ära der Kriege eingeleitet. Ohne eine Politik solidarischer und nachhaltiger Entwicklung, ohne Recht und Gerechtigkeit, ohne Regionalisierung und Demokratisierung, ohne eine solidarische weltwirtschaftliche Regulation kann Frieden nicht entstehen. Wir treten dafür ein, die zivilen Hilfsmöglichkeiten der Europäischen Union massiv auszubauen.

Durch die Welthandelsorganisation WTO wurde eine Politik der Privatisierung und Deregulierung befördert. Der Internationale Währungsfonds hat destruktive neoliberale Umbauprozesse in Afrika, Asien und Asien

als „Gegenleistung“ für Kredite in Gang gesetzt. Auf Befehl des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) wurde 2004 Niger, zweitärmstes Land der Welt, gezwungen, das nationale Veterinäramt zu privatisieren. Die staatlich festgelegten niedrigen Fixpreise für veterinärmedizinische Artikel würden eine „Marktverzerrung“ darstellen. In der Folge leben heute Tausende in den Bankrott getriebene ehemalige Viehzüchterfamilien in Slums, weil sie die Vitamine und die Impfstoffe der multinationalen Tierpharmaziegesellschaften nicht bezahlen konnten. Das ist ein Beispiel für viele.

Der Welthandel muss grundsätzlich verändert werden. Lassen Sie mich dazu aus einer Studie der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zitieren: „Laut UNCTAD entzieht EU-Protektionismus den Entwicklungsländern jährlich nahezu 700 Milliarden Dollar Exporteinkommen. Das ist fast das Vierzehnfache von dem, was arme Länder pro Jahr an Entwicklungshilfe erhalten“. Die heutige Weltwirtschaftsordnung zementiert eine neokoloniale Abhängigkeit und verhindert Entwicklung. Wir sind sehr weit von jenem Menschenrecht auf Entwicklung entfernt, das die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1986 proklamierte.

In einer Welt des Hungers, des Krieges und des Völkermords, der Verfolgung und Folter brauchen Menschen Schutz. Die internationale Staatengemeinschaft muss diesen Schutz auch außerhalb der betroffenen Staaten bieten. Die grundlegenden Menschenrechte dürfen dort keine Grenze finden, wo Menschen ihre Heimat verloren haben und wenn sie vor politischer Verfolgung, Krieg oder existentiellstem Elend fliehen. Auch dies ist eine Lehre aus dem Nationalsozialismus und seiner Politik der Völkervernichtung.

Wer auf der Flucht nach Deutschland kommt, ist oft mit einem dauerhaft unsicheren Aufenthaltsstatus konfrontiert. Anstelle die Integration zu befördern, wird sie immer noch erschwert. Viele individuelle Rechte werden verletzt. Die Entscheidungen über die Gewährung von Asyl oder Abschiebeschutz berücksichtigen oft nicht die Erkenntnisse des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen. Geduldete und Asylsuchende erhalten lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die etwa 35 Prozent unter dem an sich schon niedrigen Niveau von Hartz IV liegen und die im Regelfall auch nur in „Sachleistungsform“ gewährt werden. Zudem werden Schutzsuchende in Deutschland oft zwangsweise in unwürdigen Massenunterkünften oder auch in so genannten „Ausreiseeinrichtungen“ untergebracht.

Sechzig Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen scheinen viele Lehren der Vergangenheit vergessen, die dazu geführt hatten, diese bemerkenswerte Deklaration zu verfassen. Schlimmer noch: Im Ergebnis

neoliberaler Politik wurden Kapitalismus, Imperialismus und Krieg sowie Umweltzerstörung entfesselt. Die sozialen Grundrechte wurden abgebaut, so dass die Lebensmöglichkeiten wie nie zuvor seit 1945 von der Klassenlage abhängen. Klassengesellschaft und Menschenrechte, Hartz IV und Menschenrechte, Armutsrente und Menschenrechte, Interventionskriege und Menschenrechte, Umweltzerstörung und Menschenrechte schließen sich aber aus.

Die Partei DIE LINKE hat in Deutschland die sozialen und demokratischen Menschenrechte wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Sie vertritt Menschenrechte als Widerstandsrechte gegen Neoliberalismus, entfesselten Kapitalismus und Krieg. Sie ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen den Sozialabbau eingesetzt hat, die für eine umfassende Demokratisierung wirkt, jedem Kriegseinsatz der Bundeswehr ihre Zustimmung verweigerte und den Rechten der Asylsuchenden Geltung zu verschaffen sucht. Und vor allem ist sie die einzige Partei, die weiß, dass Menschenrechte nur dann Dauer haben und wirkungsvoll durchgesetzt werden können, wenn sie auf einer Wirtschafts- und Sozialordnung beruhen, die die strukturellen Ursachen der andauernden und umfassenden Menschenrechtsverletzungen beseitigen. Wir stellen deshalb die Frage nach dem Eigentum. Wir wollen, dass es sozialen Verpflichtungen unterworfen wird. Wir wollen das öffentliche Eigentum als Basis stärken. Nur die Gesellschaft ist wirklich demokratisch, die dies vermag. Davon ist die Bundesrepublik gegenwärtig weiter entfernt als bei ihrer Gründung.

Heute wird es immer klarer: Es geht nicht um Menschenrechte oder Sozialismus, sondern um Menschenrechte und Sozialismus. Dies heißt aber auch: Menschenrechte durch Sozialismus und sozialistische Politik als praktische Politik für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Hier, in der Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburg trägt, möchte ich wiederholen: Freiheit braucht Gleichheit, sonst wird sie zur Ausbeutung. Und Gleichheit braucht Freiheit, sonst wird sie zur Unterdrückung. Aber die Wurzel von beidem ist Solidarität, ist der tätige Einsatz für die gleiche Freiheit anderer. Rosa Luxemburg wusste dies, hat dies gelebt und hat dafür ihr Leben gegeben. Sozialisierung, Demokratie und Frieden waren für sie die Grundbedingungen, damit Menschen in Würde leben können. Zu diesem großen Erbe stehen wir.

*Wortlaut der Rede von Oskar Lafontaine am
4. Dezember in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.*